



Bald ein seltenes Bild im Thüringer Staatswald? Bei der Holzernte geht es mit schwerem Gerät mitunter ruppig zu. Die Landesregierung ist durch den Koalitionsvertrag verpflichtet, Wälder im Staatsbesitz nach den Kriterien des FSC zertifizieren zu lassen. Unternehmer aus der Holzbranche halten das für überflüssig und teuer – der BUND verweist auf einen verbesserten Naturschutz. Bestimmte Baumbestandteile müssten dann bei der Holzernte im Wald bleiben. Foto: Arno Burgi

Zoff um FSC-Zertifikat für Thüringer Wälder

Unternehmer fürchten steigende Rohstoffpreise und längere Transportwege für Hackschnitzel – Grünen-Umweltministerin Anja Siegesmund verteidigt Einführung

VON FLORIAN GIRWERT

ERFURT/EISENACH. Olaf Poppe streicht sich nachdenklich übers Gesicht und blickt auf das weiträumige Gelände seiner kleinen Firma Pöma Wegeservice in Erfurt-Bindersleben. „Früher war Waldpflege ein Kostenfaktor für die Forstämter“, sagt er schließlich. Heute sei das nicht mehr so – der Landesforst und eine Vielzahl kleiner Unternehmen arbeiten derzeit aufgrund hoher Holzpreise wirtschaftlich. Vor allem kleine Unternehmen wie seine haben Angst davor, dass der Freistaat Thüringen seinen Landeswald nach dem FSC-Standard zertifizieren lässt.

FSC steht für „Forest Stewardship Council“, ist auf Wunsch der Grünen im rot-rot-grünen Koalitionsvertrag als Ziel aufgeführt und führt nach Poppes Meinung dazu, dass sich die Erzeugung von Hackschnitzeln nicht länger lohnt. Kronenrestholz, das heute im Rahmen der Holzernte genutzt wird, müsste künftig im Wald liegen bleiben, müssten Heizwerke, die Hackschnitzel aus Holz verwenden, ihre Rohstoffe häufiger von außerhalb Thüringens beziehen. „Nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz stehen die Vergütungen fest, die die Kraftwerke bekommen“, so Poppe. Höhere Preise für höheren Aufwand könnten also nicht so einfach gezahlt werden. „Wenn sich das nicht mehr lohnt, zerstört man grüne Wärme und grünen Strom, der hier erzeugt wird“, sagt der Unternehmer.

Ähnliche Sorge macht sich Georg Reuss. Seine Unternehmensgruppe ist bundesweit im Bereich Energieholz tätig. Sprich, was er verkauft, wird verfeuert. Die Branche nennt das lieber „energetische Nutzung“. Doch was früher bedeutete hat, dass die Waldflächen abnehmen, funktioniert heute ohne

größere Verluste für die Natur. Die Bundeswaldinventur hat zumindest 2012 ergeben, dass der Holzvorrat in deutschen Wäldern seit Jahren zunimmt. Insgesamt ist von 2002 bis 2012 von einem Zuwachs von fast 230 Millionen Festmetern die Rede – das meiste davon im Laubbau. Pro Hektar sind das im Schnitt 10,9 Festmeter.

Vernichtendes Urteil der Firmen

Das soll mit dem FSC-Siegel anders werden, befürchtet er. „Was wir heute aus dem Wald holen dürfen, wird mit FSC viel schwieriger“, sagt Reuss, der die Einführung des Standards in Baden-Württemberg und Hessen beobachtet hat. Er kann dem neuen Standards nichts abgewinnen – sein Urteil fällt vernichtend aus. Kleine regionale Firmen bekämen so ihre Existenz genommen. „So ein Hacker kostet eine halbe Million Euro“, sagt er. Auch Reuss versteht nicht, warum zunächst mit Subventionen Kraftwerke gebaut werden – die dann außer Betrieb gehen könnten, weil der Holz nachschub aus Thüringen nicht mehr wirtschaftlich gewährleistet werden kann. Früher habe niemand das überschüssige Material haben wollen – heute sei es gefragt. Fällt es weg, steigen die Preise – Zellstoffabriken könnten dann zur Konkurrenz für Heizwerke werden. Die müssten häufiger mit anderen Wirtschaftszweigen um das Holz konkurrieren.

Reuss selbst fürchtet nicht um seine Existenz. Seine Lkw kann er auch anderweitig einsetzen. Aber jene von seinen bundesweit mehr als 100 Mitarbeitern, die innerhalb der Energieholzkette der Reuss-Gruppe beschäftigt werden – Ernte-, Rücker- und Hackerunternehmen – müssten dann eine andere oder zusätzliche Beschäftigung finden. Reuss glaubt, dass das



Sorgen sich um die Zukunft der Thüringer Holzbranche: Olaf Poppe und Thomas Ammer wollen die Zertifizierung des Staatswaldes nach FSC-Standard verhindern. Foto: Florian Girwert

schwierig werden könnte.

Thomas Ammer wird sogar noch grundsätzlicher. Der Rohstoffmanager und studierte Forstwirt aus Untersiemau in Oberfranken hat nämlich ein Problem mit dem FSC-Siegel an sich. Hier werde den Verbrauchern vorgegaukelt, Holz aus solchen Beständen erfülle höchste ökologische Standards. Tatsächlich aber sei das nicht gegeben – vor allem im Ausland nicht. „Und aus solchen Beständen sollen wir dann unser Holz beziehen, weil hier in Thüringen die Latte so hoch gelegt wird, dass eine vernünftige Nutzung nicht mehr möglich ist“, klagt er. Zudem werde Recht privatisiert und statt vom Staat nun von anderen Organisationen kontrolliert – zum Schaden des Steuerzahlers, wie Ammer beklagt. Der müsse nämlich die Kosten für die Zertifizierung auf der einen Seite tragen und ausfallende Erlöse aus dem Thüringer Staatswald auf der anderen Seite auffangen.

Das man es mit dem neuen

sort-Chefin Anja Siegesmund (Grüne). Dazu trügen die FSC-Kriterien wesentlich bei.

Ministerien haben nicht die gleiche Meinung

Doch ist zu vernehmen, dass man im Linke-geführten Ministerium weniger Sympathie für das FSC-Siegel hat als bei den Grünen und sich gar vorstellen könnte, die Regeln für die Waldbewirtschaftung ohne Siegel zu verschärfen. Immerhin ist man sich im Agrarministerium wohl bewusst, dass nicht nur die Einnahmen des landeseigenen Betriebs Thüringenforst schrumpfen würden – sondern das Siegel auch bezahlt werden muss. In Zeiten knapper Kassen verkaufen sich steigende Kosten und sinkende Einnahmen ohnehin nicht gut. Der Denkprozess ist nicht abgeschlossen. In Thüringen will man zunächst in zwei Kreisforstämtern testen.

Olaf Poppe schaut derzeit auf seine eigene Firma. „Mit neun Leuten sind wir eines der typischen mittleren Unternehmen der Forstbranche in Thüringen“, sagt er. Mit viel moderner Technik sind seine Mitarbeiter überall in Thüringen im Einsatz und verarbeiten direkt im Wald Holz zu Hackschnitzeln, die zum Beispiel in einer Grundschule im Saale-Holzland-Kreis für den Betrieb der Heizung genutzt werden. „Dabei dürfen die heute schon nur Holz verarbeiten, das nicht anderweitig genutzt werden kann“ – also für Möbel zum Beispiel nicht in Frage kommt.

Heute sei es noch möglich, zum Beispiel nach Stürmen oder nach Käferbefall Kronenholz zu verarbeiten. „Damit wird einer weiteren Ausbreitung von Käferbefall und Krankheit entgegen gewirkt“, erläutert Poppe. Das sieht er in Gefahr.

Heute wird der Wald nämlich schon nach dem PEFC-Standard zertifiziert – 90 Prozent des Staatswaldes haben das Siegel.

Den Standard halten Umweltverbände allerdings für zu lasch – daher der Ruf etwa des Nabu nach dem FSC-Siegel. Aus Sicht von Thomas Ammer höchst fraglich: „Was die deutsche Forstwirtschaft seit Jahrhunderten leistet, soll plötzlich nur mit einem Siegel möglich sein?“

Dem hält der BUND entgegen, dass FSC-Wälder artenreicher seien und schonender genutzt würden. „Mit der FSC-Zertifizierung kann die Landesregierung beweisen, dass sie den Staatswald in Thüringen in Zukunft sozial und ökologisch vorbildhaft bewirtschaften lässt“, sagt BUND-Bundesvorsitzender Professor Hubert Weiger, der studierter Forstwirt ist. In der Zeitschrift Öko-Test schnitt das FSC-Siegel deutlich besser ab als das weniger streng kontrollierte PEFC-Siegel.

Heimisches Holz könnte knapp werden

Ammer betont jedoch, bei FSC würden in unterschiedlichen Ländern unterschiedliche Standards gelten. „So wird Holz aus Deutschland durch hohe Standards verdrängt und durch Holz aus Wäldern mit niedrigeren Standards ersetzt“, schimpft er. In anderen Ländern seien sogar Kahlschläge mit FSC-Segen möglich. Auch Unternehmer Poppe fände es besser, heimisches Restholz für grüne Energien zu nutzen anstatt Öl oder Gas zu importieren. „Das Geld, das hier erwirtschaftet wird, soll auch hier bleiben.“ Poppe glaubt, deutsche Standards garantierten eine deutlich bessere forstwirtschaftliche Nutzung und sicherten die Belange des Naturschutzes.

Verglichen mit der Sichtweise des Ministeriums sind die Erwartungen von Ammer und Poppe an eine Verbesserung des Waldzustandes in Deutschland eher niedrig. Ein neues Zertifikat erhöhe nur den Verwal-

tungsaufwand. Das Ministerium, so heißt es von dort, untersuche jetzt erst einmal ökologische und wirtschaftliche Auswirkungen einer Zertifizierung nach FSC-Regeln. Genaue Aussagen über die Kosten „können zum jetzigen Zeitpunkt“ noch nicht vorgenommen werden.

Bei einem Arbeitsbesuch in Rheinland-Pfalz hat man sich über dortige Erfahrungen aufklären lassen. Dessen Staatswald ist seit einigen Jahren FSC-zertifiziert. Am Dialog sei die Holzwirtschaft selbstverständlich beteiligt. Die Hausleitung ist bisher nicht sicher, was FSC tatsächlich für Thüringen bringen könnte – und der Kritik an der Organisation ist man sich wohl bewusst. Man hält es für durchaus möglich, dass beim Verkauf häufig das Gütesiegel „deutsches Holz“ viel wichtiger sein könnte. „Wir werden die Anwendbarkeit auf die Situation in Thüringen nun näher betrachten und gemeinsam beraten.“

Natürlich wollen die Umweltverbände mit Hilfe der Zertifizierung erreichen, dass die Böden in den Thüringer Wäldern weniger belastet werden. Das lässt Ammer nicht gelten: „Die Förster hier sind ja nicht unfähig. Die schauen genau hin, wie und wo Holz intensiv genutzt werden kann“, sagt er. Die Bundeswaldinventur habe längst gezeigt, dass der Zustand der Wälder im Freistaat immer besser werde. Somit verursache ein höherer Standard höhere Kosten, ohne wirklich Nutzen zu bringen. Die Unternehmer Reuss und Poppe fürchten indes, ungehört zu bleiben. Ihren Betrieben könnte in absehbarer Zeit günstiges heimisches Holz nicht mehr zur Verfügung stehen. Deutschland müsse auf Holzimporte einwirken – ursprüngliche Wälder in Asien oder Russland seien mit einem Bruchteil der deutschen Standards zu retten.

Was Wohlleben und Böhnhardt seit Jugendtagen verband

Der Jenaer NSU-Angeklagte beantwortet erste Fragen zu Kindheit und Privatleben – Beruflich kaum Fuß gefasst – Nächster Verhandlungstag erst Mitte Januar

VON CHRISTOPH LEMMER

MÜNCHEN/JENA. Einen Tag nach seiner Aussage im Münchner NSU-Prozess hat der angeklagte frühere NPD-Funktionär Ralf Wohlleben aus Jena erste Fragen des Gerichts beantwortet. Am letzten Verhandlungstag vor der Weihnachtspause gab der 40-Jährige weitere Einblicke in seine Kindheit und Jugend.

Zum Tatvorwurf soll Wohlleben vom Oberlandesgericht München erst von Mitte Januar an befragt werden. Dann werden auch die schriftlichen Antworten der Hauptangeklagten

Beate Zschäpe auf die umfangreichen Nachfragen des Gerichts erwartet.

Wohlleben ist einer der fünf Angeklagten des NSU-Verfahrens. Die Bundesanwaltschaft hält ihm vor, die wichtigste Mordwaffe des NSU vom Typ „Ceska“ organisiert zu haben. Mit dieser Pistole sollen neun der zehn NSU-Mordopfer erschossen worden sein. Laut Anklage soll er außerdem eine



Der Angeklagte Ralf Wohlleben Anfang 2015. Foto: A. Gebert

„steuernde Zentralfigur“ hinter dem NSU gewesen sein. Beides hatte Wohlleben in seiner Aussage am Mittwoch zurückgewiesen, nachdem er bis dahin geschwiegen hatte.

Das Gericht beschränkte sich gestern auf Fragen zu Wohllebens persönlichen Verhältnissen. Während der Kindheit seien seine Eltern recht streng mit ihm gewesen, sagte er. So habe er abends

immer um 18.30 Uhr wieder daheim sein müssen. „Wenn ich nicht pünktlich war, wurde das sanktioniert – Hausarrest und solche Sachen.“

Als 17-Jähriger sei er einmal ausgerissen, und zwar zusammen mit Jungen aus seiner Clique. Auch Uwe Böhnhardt, einer der beiden späteren mutmaßlichen NSU-Mörder, sei dabei gewesen. Gemeinsam seien sie zuerst mit der Bahn von Jena nach Gera gefahren. Dort hätten sie zwei Autos gestohlen, mit denen sie bis zur deutsch-österreichischen Grenze gefahren seien. Die Autos hätten sie in

einem Steinbruch abgestellt und seien dann zu Fuß nach Österreich gegangen. Dort habe die Polizei sie aufgegriffen und zurückgebracht.

Zu seinen politischen Aktivitäten als NPD-Funktionär seit den 1990er Jahren stellte das Gericht am letzten Verhandlungstag vor der knapp vierwöchigen Weihnachtspause noch keine Fragen. Sie spielten aber dennoch eine Rolle, als sich der Vorsitzende Richter Manfred Götzl nach Wohllebens Berufstätigkeit erkundigte. Er habe ein Praktikum bei einer Computerfirma absolviert und an einer

Webseite für ein Autohaus mitgearbeitet. Im Gästeforum der Webseite habe jemand einen Eintrag über Wohllebens politische Tätigkeit hinterlassen. Das Autohaus habe darüber seinen Chef bei der Computerfirma informiert. Der wiederum „wollte nicht ins Fadenkreuz irgendwelcher antifaschistischer Aktivitäten geraten“ und habe ihm darum keine feste Stelle gegeben.

Wohlleben beantwortete auch Fragen zu seinem Privatleben. Zum Verhältnis zu seiner Ehefrau sagte er: „Ich würd's als sehr gut bezeichnen.“ Das sehe man daran, „dass sie mich hier

unterstützt und in der Haft besucht“. Seine Frau hat während der bisher 252 Verhandlungstage immer wieder als Angeklagtenbeistand neben ihm im Gericht gesessen.

Am Donnerstag verhandelte das Gericht zum letzten Mal in diesem Jahr. Gleichzeitig tagte in Berlin zum ersten Mal der zweite NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages. Der Prozess soll am 12. Januar weitergehen. Dann will das Gericht weitere Fragen an Wohlleben und Zschäpe richten. Zschäpe hatte ihr jahrelanges Schweigen vergangene Woche aufgegeben.